

2. Die manichäische Falle. Das Deutsche Reich im Urteil der USA (1871–1945)

Als sich 1989 die Mauer öffnete, die sowjetischen Panzer in der Kaserne blieben, die berühmte amerikanische Strategie der doppelten Eindämmung der Sowjetunion und Deutschlands – to keep the Soviets out, the Americans in, the Germans down, and the Europeans happy – zusammenzubereiten begann und die Einheit Deutschlands erneut auf der Tagesordnung der Weltgeschichte stand, reagierte die amerikanische Regierung genau so, wie es nach der Geschichte der amerikanisch-deutschen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert zu erwarten war.

Die Amerikaner begrüßten wie 1848 oder 1871 die Aussicht auf Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen. In den USA war der Jubel über den Fall der Mauer ehrlich und spontan. Von allen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges unterstützten die USA die sich abzeichnende Wiedervereinigung am frühesten und entschlossensten. Die bisher publizierten Dokumente, aber auch die Tagebücher des Kanzlerberaters Horst Teltschik, zeigen mit eindringlicher Klarheit die ausschlaggebende Rolle der USA seit Dezember 1989, als Mitterrand und Margaret Thatcher den Zug aufzuhalten suchten und Gorbatschow noch nicht bereit war, die deutsche NATO-Mitgliedschaft zu akzeptieren. Im Februar, Mai und Juni 1990 war Bundeskanzler Kohl in den USA. Bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Harvard-Universität rief man ihm zu: »Herr Bundeskanzler, wir sind alle Deutsche.«¹ Gemeint war: Wir alle freuen uns über den Sieg der Freiheit. Nachdem Kohl im Januar 1990 den sowjetischen Vorschlag einer Viermächtekonferenz der ehemaligen Siegermächte über Deutschland kategorisch mit der Bemerkung abgelehnt hatte: »Wir brauchen keine vier Hebammen«², wurde Anfang Februar besonders in deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit die Idee der »Zwei-plus-Vier-Konferenz« geboren. Auf den vielen internationalen Konferenzen dieses Jahres, sei es in Ottawa, Malta, Houston, Dublin, Paris oder London, taten die USA das Ihre, um den Vereinigungsprozess zu unterstützen. Außenminister Baker konnte einen Tag nach dem berühmten Treffen von Kohl und Gorbatschow auf einer Pressekonferenz in Paris am 17. Juli 1990 zu Recht erklären: »The terms of the agreement that were reached between Chancellor Kohl and President Gorbachev are terms that the United States have supported since as early at least as last December when we called for a unified Germany as a member of the NATO alliance.«³

1 Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung (Berlin 1991) 264.

2 Ebd. 105.

3 Adam Daniel Rotfeld, Walter Stütze (Hrsg.), Germany and Europe in Transition (Oxford 1991) 179. Zur frühen amerikanischen Unterstützung vgl. Teltschik, Innenansichten, 48, 77, 123, 129, 137.

Erstveröffentlichung: Die manichäische Falle. Das Deutsche Reich im Urteil der USA, in: Klaus Hildebrand (Hg.): Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn. Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 33. Oldenburg Verlag München 1995, S. 141–158.

Die andere, komplementäre und ebenfalls aus der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu erwartende Seite der US-Deutschlandpolitik war eine Fortsetzung der Eindämmungspolitik unter neuen Bedingungen. Das wiedervereinigte Deutschland musste ein Teil der NATO und einer europäisch-atlantischen Gesamtarchitektur bleiben, eine Neutralisierung und Isolierung des Landes auf jeden Fall vermieden, den Europäern die neu entfachten Ängste vor Deutschland genommen und der amerikanische Einfluss in Europa gesichert werden.

Am Ende waren die Amerikaner zufrieden. Als Ergebnis des Zwei-plus-Vier-Vertrages entstand ein Deutschland, wie sie es sich im gewissen Sinne seit 1848 immer gewünscht hatten: Es hat mit den Grenzen seine Geographie gefunden. Zum ersten Male in ihrer Geschichte genießen die Deutschen Einigkeit und Recht und Freiheit, die Wohlfahrt im Osten, so hofften nicht nur die Amerikaner im Jahre 1990, würde bald folgen. Deutschland kann seine Nachbarn militärisch nicht gefährden. Auf sich allein gestellt, ist es nach den Bestimmungen des Vertrages weder zum Angriff noch zur Verteidigung fähig. Es bleibt über die NATO, die EG und zahlreiche andere Organisationen in den Westen integriert, die deutsche Wirtschaft auf den offenen Weltmarkt angewiesen. Trotz des außenpolitischen Dauerspargats der Deutschen zwischen den USA und Frankreich würden die Amerikaner die wichtigsten Verbündeten bleiben. Deutschland garantiert als Rechtsstaat die liberalen Grundfreiheiten, besitzt eine föderale Struktur und hält am Prinzip der sozialen Marktwirtschaft fest.

Das wiedervereinigte Deutschland als Demokratie westlicher Prägung, als Klein-Amerika in Europa – diese Hoffnung des Jahres 1990 erinnert an die Hoffnung von 1871 und die ersten Urteile über den deutschen Nationalstaat. Denn drei Wochen nach der Proklamation eines zweiten Deutschen Reiches in Versailles erklärte Präsident Ulysses S. Grant am 7. Februar 1871 gegenüber dem Kongress, dass Deutschlands Einigung in einer Regierungsform, die in vielen Hinsichten der Amerikanischen Union gleiche, auf tiefe Sympathie beim amerikanischen Volk treffe: »The adoption in Europe of the American system of union under the control and the direction of a free people, educated to self-restraint, can not fail to extend popular institutions and to enlarge the peaceful influence of American ideas.«⁴

In diesen und anderen Äußerungen des amerikanischen Präsidenten, die vermutlich die Meinung der Mehrheit des amerikanischen Volkes repräsentierten⁵, kristallisierte sich die amerikanische Hoffnung auf das beste aller möglichen Deutschlande:

4 Zitiert in: Manfred Jonas, *The United States and Germany. A Diplomatic History* (Ithaca, London 1984) 15; im Folgenden zitiert: Jonas, *United States*. Der amerikanische Gesandte und Historiker George Bancroft hatte den Präsidenten zu einer solchen Stellungnahme angeregt, vgl. Peter Krüger, *Die Beurteilung der Reichsgründung und Reichsverfassung von 1871 in den USA*, in: *Liberalitas. Festschrift für Erich Angermann zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. Norbert Finzsch u. a. (Stuttgart 1992) 263–283.

5 Zur amerikanischen Reaktion auf die Reichsgründung vgl. neben Krüger (Anm. 4) Jonas, *United States*, 15–34; Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode, *Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Zeitalter Bismarcks* (Berlin, Leipzig 1933) 98–146; John Gerow Gazley, *American Opinion of German Unification* (New York 1926); Christine Totten, *Deutschland – Soll und Haben. Amerikas Deutschlandbild* (München 1964) 76–82; Hans L. Trefousse, *Die deutsch-amerikanischen Einwanderer und das neugegründete Reich*, in: Frank Trommler (Hrsg.), *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300-jährigen Geschichte* (Opladen 1986) 177–191, im Folgenden zitiert: Trommler, *Amerika und die Deutschen*.

ein weit entferntes Land der Alten Welt, freiheitlich, friedlich, föderal und protestantisch, von Größe und Gewicht, aber ohne expansive Ambitionen in Europa oder gar in anderen Teilen der Welt; in seiner inneren Struktur in erster Linie geprägt von Gelehrten, Künstlern, Musikern und Dichtern, von Bauern, Handwerkern, Technikern, Ingenieuren, Kaufleuten und Unternehmern, nicht von Soldaten, Priestern und Junkern; ohne ernsthafte Interessengegensätze zu den USA, berufen, als freiheitlicher Staat in Europa der welthistorischen Mission der USA zu folgen, nämlich die Geschichte als Entfaltungsprozess der Freiheit voranzutreiben. Wie andere nationale und liberale Freiheitsbewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts, etwa in Griechenland, Ungarn, Italien und im republikanischen Frankreich, interpretierten die Amerikaner auch die deutsche Einheit aus dieser providentiellen Perspektive.

Das Urteil der USA über das Deutsche Reich von 1871 bis 1945 hing, das ist die erste These dieses Vortrages, davon ab, wie weit sich das Deutsche Reich diesem hoffnungsvollen Ideal annäherte oder sich von ihm entfernte. Die verschiedenen Deutschlandbilder der Amerikaner, ihre Urteile, Vorurteile, Klischees, Stereotypen, Feind- und Hassbilder, sind im Großen und Ganzen der Politik, d. h. den wechselnden politischen Lagen und politischen Urteilen über das Deutsche Reich gefolgt.

Aus dem Baukasten des schon früh entwickelten Satzes typischer amerikanischer Preußen- und Deutschlandbilder wurden je nach politischer Lage bestimmte Stereotypen herausgenommen und dominant, andere blieben latent. Es gab und gibt das romantische und gemütliche Deutschland mit seinen zauberhaften Landschaften, Burgen und Schlössern – als Heidelberger kann ich davon ein beredtes Zeugnis ablegen –, das denkende, dichterische und künstlerische, das fleißige, tüchtige, zuverlässige, produktive und technisch erstklassige Deutschland, das arrogante, zynische, anmaßende, obrigkeitshörige, freiheitsunfähige, aggressive, militärische, notorisch kriegslüsterne, antisemitische und rassistische, nach Weltmacht, ja Weltherrschaft strebende Deutschland. Am Ende der beiden Weltkriege, das ist die zweite These, war das Urteil über die Deutschen so negativ, dass das Kaiserreich 1918, das Dritte Reich 1945 aufgelöst werden mussten.

Die dritte These liegt in der Einsicht, dass selbst das negativste Urteil, das Amerika während der beiden Weltkriege gewann, nicht dazu führte, dass amerikanische Regierungen und das amerikanische Volk die Legitimität der Existenz eines geeinten und selbstbestimmten Deutschlands in der Mitte Europas in Frage stellten, von dem kurzen und folgenlosen Zwischenspiel der Teilungspläne und des Morgenthau-Planes im Zweiten Weltkrieg einmal abgesehen. Um das zu tun, hätten die Amerikaner sich selbst aufgeben müssen.

Die vierte These lautet: Das Urteil über die Gegenwart und Zukunft des Deutschen Reiches war immer zugleich ein Urteil über die Gegenwart und Zukunft Europas, weil die amerikanische Deutschlandpolitik immer ein integraler Bestandteil ihrer Europapolitik war. Es war immer eingebunden in ein vergleichendes Urteil über andere europäische Staaten, besonders über England, Frankreich und Russland bzw. die Sowjetunion. Man könnte sogar fragen, ob es so etwas wie eine amerikanische Deutschlandpolitik, eine bilaterale Beziehung, je gegeben hat.

Wenn das neu gegründete, real existierende Deutsche Reich selbstverständlich vom besten aller möglichen Deutschlande um einiges entfernt war, wenn auch der jungen französischen Republik nach dem Sturz Napoleons III. viel Sympathie entgegenströmte, die Abtretung Elsass-Lothringens und die Höhe der Reparationen in Teilen der öffentlichen Meinung auf harsche Kritik stießen, so bleibt doch bestehen, dass die politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten im ersten Jahrzehnt des Deutschen Reiches zwar zweitrangig, aber vorzüglich blieben. Der Interessenschwerpunkt der USA lag in Nordamerika, der des Deutschen Reiches in Europa. Bedeutende Konflikte gab es nicht.

Die Rekonstruktion des Südens, die Industrialisierung des Landes und die Landnahme des Kontinents absorbierten fast alle Energien der USA. Die tatsächliche Außenpolitik konzentrierte sich im Wesentlichen auf die westliche Hemisphäre, auf Kanada, den Erwerb Alaskas und auf den Versuch, die eigene Position in der Karibik auszubauen. Die ersten Ansätze einer Ostasienpolitik waren noch ziemlich konfus und wenig zielstrebig. Gegenüber Europa galt unangefochten das Erbe George Washingtons, sich auf keinen Fall in die Händel und Bündnisse der Alten Welt verstricken zu lassen.

Bismarcks Politik hingegen blieb, wie bekannt, nach 1870/71 europazentrisch, die USA waren eine cura posterior. Dennoch lag es für ihn nach wie vor im wohlverstandenen Interesse deutscher Staatsräson, das Wohlwollen der USA zu behalten. Bismarck behandelte die USA weiter mit bemerkenswertem Scharfsinn und Augenmaß. Insbesondere nahm er Rücksicht auf die Monroe-Doktrin und die Empfindlichkeiten der Amerikaner in der westlichen Hemisphäre, wenn es darum ging, die Interessen deutscher Staatsbürger, etwa in Venezuela, Peru, Brasilien, Nicaragua oder Hawaii zu schützen. Mit der Doktrin des 5. US-Präsidenten James Monroe von 1823 verfolgte die junge USA das strategische Ziel, den Einfluss der raumfremden europäischen Mächte in der gesamten westlichen Hemisphäre möglichst weitgehend auszuschalten. Den deutschen Botschafter von Schlözer wies er am 18.12.1871 an, dem amerikanischen Außenminister Folgendes mitzuteilen: »Es liegt uns ganz fern, irgendwo in Amerika Fuß fassen zu wollen, und wir erkennen in Betreff des ganzen Kontinents den vorwiegenden Einfluss der Vereinigten Staaten als in der Natur der Dinge begründet und unseren Interessen am meisten zusagend unumwunden an.«⁶ Eine solche Note war zu dieser Zeit von keiner der alten europäischen Kolonialmächte zu haben, die die USA nacheinander aus der westlichen Hemisphäre herausdrängten: weder von Großbritannien noch Frankreich oder Spanien. Es war deshalb kein Zufall, dass die USA Kaiser Wilhelm I. dazu ausersahen, einen Grenzkonflikt zwischen Britisch-Kolumbien und dem Washington-Territorium an der Nord-Ost-Küste der USA zu schlichten. Das tat Wilhelm, indem er die amerikanischen Ansprüche für legitim erklärte. Die Amerikaner konnten sich über das Deutsche Reich nicht beklagen.

Innenpolitische Faktoren, die nur benannt seien, trugen dazu bei, ein insgesamt wohlwollendes Bild eines respektierten, teilweise sogar bewunderten Deutschen Reiches in den USA zu schaffen, obwohl kritische Untertöne in Teilen der amerikanischen

⁶ Abgedruckt in: Stolberg-Wernigerode, a.a.O., 321.

Gesellschaft auch im ersten Jahrzehnt nicht fehlten. Zu diesen Faktoren zählten die deutschen Einwanderer, deren Selbstwertgefühl durch den Sieg im deutsch-französischen Krieg erheblich gestiegen war, und das durch Humboldt reformierte deutsche Hochschulsystem, das gerade im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung zum Vorbild genommen wurde, um die amerikanischen Hochschulen nach deutschem Muster zu reformieren. Weder der Kulturkampf noch die Sozialistengesetze haben dem Ansehen Bismarcks und des Deutschen Reiches bei der Mehrheit der Amerikaner geschadet. Im Jahre 1876, aus Anlass der 100-Jahr-Feier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, tauschten Bismarck und Kaiser Wilhelm I. freundliche Botschaften mit Präsident Grant aus. Bismarck konnte mit einigem Recht an die hundertjährige Freundschaft seit den Tagen Friedrichs des Großen erinnern⁷.

Doch diese Kontinuität löste sich in einem langen Prozess auf. Ab Anfang der achtziger Jahre, verstärkt nach dem Sturz Bismarcks, begann eine tiefgreifende Veränderung, die »great transformation« der deutsch-amerikanischen Beziehungen, die bis 1914 zu einem solchen Wandel des amerikanischen Deutschlandbildes führte, dass bei Ausbruch des europäischen Krieges 1914 die Mehrheit der anglo- und frankophilen Elite der USA – im Gegensatz zu 1870 – mit den Alliierten sympathisierte. Dieser Imagewechsel des Deutschen Reiches war eine wichtige Teilursache für die Politik der parteiischen Neutralität der USA von 1914 bis 1916 und für die Rechtfertigung des Kriegseintrittes der USA gegen Deutschland im April 1917⁸. Obwohl bis 1916 alle Konflikte zwischen den beiden Staaten in Europa, Ostasien, im Atlantik und Pazifik sowie in Lateinamerika friedlich beigelegt wurden und das diplomatische Verhältnis auf der Ebene der Ereignisgeschichte insgesamt durch eine Mischung aus begrenztem Konflikt und Kooperation gekennzeichnet war, wurde das Wilhelminische Reich ein integraler Bestandteil des amerikanischen Feindbildes. Es nahm die Stelle ein, die vorher von den Indianern, von Frankreich, England, Mexiko und Spanien besetzt war⁹.

7 Jonas, *United States*, 33.

8 Zum Imagewechsel vgl. Clara Eve Schieber, *The Transformation of American Sentiment Toward Germany 1870–1914* (New York, Boston 1923); Melvin Small, *The American Image of Germany 1906–1914* (Unveröffentl. Diss., University of Michigan 1965); Jörg Nagler, *From Culture to Kultur: Changing American Perceptions of Imperial Germany 1870–1914*. Paper presented at the conference »Mutual Images and Multiple Implications: American Views of Germany and German Views of America from 18th to the 20th Centuries (Kalamazoo College, April 15–17, 1993); zum amerikanischen Deutschlandbild Konrad H. Jarausch, *Das amerikanische Deutschlandbild in drei Jahrhunderten*, in: Klaus Weigert (Hrsg.), *Das Deutschland- und Amerikabild. Beiträge zum gegenseitigen Verständnis beider Völker* (St. Augustin 1986) 10–20; ders., *Huns, Krauts or Good Germans? The German Image in America, 1800–1980*, in: James F. Harris (Hrsg.), *German-American Interrelations. Heritage and Challenge* (Tübingen 1983) 145–159.

9 Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen bis 1917 vgl. besonders Jonas, *United States*, 35–124; Hans W. Gatzke, *Germany and the United States. A Special Relationship?* (Cambridge/MA 1980) 27–51; Alfred Vagts, *Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik* (New York 1935); Reiner Pommerin, *Der Kaiser und Amerika* (Köln, Wien 1986); Ragnhild Fiebig von Hase, *Lateinamerika als Konflikttherd der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 1890–1903* (Göttingen 1986); dies., *The United States and Germany in the World Arena, 1900–1917*, in: Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924* (Oxford 1993) 33–68; Raimund Lammersdorf, *Anfänge einer Weltmacht. Transatlantische Beziehungen während der Präsidentschaft Theodore Roosevelt, 1901–1909* (Diss. Freie Universität Berlin 1991); Reinhard R. Doerries, *Imperial Challenge: Ambassador Count Bernstorff and German-American Relations* (Chapel Hill, London 1989); ders., *Kaiserreich und Republik*.

Dieser qualitative Wandel hing mit den veränderten relativen Positionen beider Staaten in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik im Zeitalter des Imperialismus zusammen, als beide Staaten ihren bisher regionalen Interessensradius entgrenzten, Weltmacht wurden oder zumindest werden wollten, sich am konkurrierenden Wettlauf aller Großmächte um die vermutete Endverteilung der Welt beteiligten, sich als Rivalen im Pazifik, in Ostasien und Lateinamerika wiederfanden und sich überdies in handelspolitische Kontroversen – Stichwort Schweinekrieg – verwickelten. Es versteht sich von selbst, dass diese intensiv erforschte Entwicklung auf beiden Seiten des Atlantiks nicht zum Gegenstand dieses Vortrages gemacht werden kann. Es sei lediglich theseartig die Vermutung begründet, dass der Imagewechsel des Deutschen Reiches nicht nur mit den Gegensätzen zwischen den beiden Staaten zusammenhing, sondern ebenso sehr damit, dass diese beiden »Neureichen« der Weltpolitik in der Substanz ihrer Außenpolitik sehr viele Ähnlichkeiten und Parallelen aufwiesen.

Das gewaltige Wirtschaftswachstum in beiden Staaten machte Deutschland und die USA verstärkt zu Handelspartnern und Konkurrenten zugleich. In beiden Staaten entwickelten Parteien und mächtige Interessengruppen erfolgreichen Druck auf die Regierungen, um protektionistische Maßnahmen durchzusetzen. Während die USA Menschen und Kapital aus Europa unbeschränkt aufsogen, vollzog sich seit 1861 die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft hinter einer wachsenden Mauer von Schutzzöllen, die besonders den Import von Industrieprodukten behinderte. Die Schutzzollpolitik des Deutschen Reiches hingegen war in erster Linie ein Agrarprotektionismus. Dadurch war das Grundmuster des gegenseitigen Schuldvorwurfs in den sich lange hinziehenden Zollkonflikten vorgegeben: Die USA beschwerten sich regelmäßig über den Agrarprotektionismus der Deutschen, das Deutsche Reich über den Industrieprotektionismus der Amerikaner.

Beide Staaten wurden, wie gesagt, imperialistische Staaten. Die USA legten sich vor 1914 ein formelles und informelles Imperium in der Karibik und im Pazifik zu. Sie verstärkten ihre Position in Ostasien, wo sie trotz des eigenen Protektionismus versuchten, die Politik der »offenen Tür« durchzusetzen, teilweise mit deutscher Unterstützung.

Beide Staaten strotzten vor Selbstwertgefühl. Ein aggressiver Nationalismus verband sich in beiden Staaten mit zeitspezifischen Ideologien: mit Navalismus, Rassismus und Weltreichslehren. Wilhelms Kraftspruch »Weltpolitik als Aufgabe, Weltmacht als Ziel, Flottenbau als Instrument« war dem Sinne nach ein Kernelement aller Expansionisten und Flottenstrategen in den USA. Alfred Thayer Mahans Bestseller »The Influence of Sea Power upon History« aus dem Jahre 1890 wurde bei allen Marinen der Welt zur Pflichtlektüre.

In beiden Staaten gab es die Marine als »pressure group«, die von lautstarken Flottenvereinen unterstützt wurde. In konkreten deutsch-amerikanischen Konflikten, etwa über Samoa, die Philippinen oder Venezuela, konnte die amerikanische »yellow press« es spielend mit der deutschen oder englischen Presse aufnehmen. Die veröffentlichte Meinung in beiden Staaten pflegte einen selbstgerechten Nationalismus,

Deutsch-amerikanische Beziehungen vor 1917, in: Trommler, Amerika und die Deutschen, 353–366; Holger H. Herwig, The United States in German Naval Planning, 1889–1941 (Boston, Toronto 1976).

sie intensivierete die Feindbilder. In den USA entwickelte sich die Stereotype von der deutschen, in Deutschland die Stereotype von der amerikanischen Gefahr.

Beide Staaten hatten als aufsteigende Weltmächte ein gemeinsames Problem: die alte, etablierte Weltmacht Großbritannien. Für den Imagewechsel des Deutschen Reiches wurde von entscheidender Bedeutung, dass England den Wettlauf um die Gunst der USA gewann, weil Englands Brautgeschenk erheblich großzügiger ausfiel als das Angebot des geizigen deutschen Freiers. Der wertvollste Teil des britischen Brautgeschenkes war der strategische Rückzug aus der Karibik und die ausdrückliche Anerkennung der Monroe-Doktrin, während das Wilhelminische Deutschland auch auf diesem Gebiet hinter die Einsichten Bismarcks zurückfiel.

Diese Transformation im Zeitalter des Imperialismus hatte zur Folge, dass das Deutsche Reich 1914 seinen Platz als Klein-Amerika in Europa verloren hatte. Auch die Bewunderung für die deutsche Kultur hatte erheblich nachgelassen, während umgekehrt seit den 90er Jahren der kulturelle Einfluss Frankreichs und Englands in den USA gewachsen war. Die ungeschickten Versuche des deutschen Kaiserreiches und Wilhelms II., dieser mit Sorge beobachteten Tendenz durch verstärkten Kulturaustausch und deplatzierte Gastgeschenke entgegenzuwirken, änderten daran nichts. Eine Statue Friedrichs des Großen konnte eben mit dem genialen französischen Geschenk, der Freiheitsstatue, nicht konkurrieren¹⁰.

Auf der anderen Seite war die Kritik am autokratischen, militaristischen, anmaßenden, rüden, ja zivilisationsfeindlichen Deutschland auch deshalb stärker geworden, weil »Bill the Kaiser« für viele Amerikaner das Wilhelminische Deutschland repräsentierte. Seine Besessenheit für Uniformen, seine Vorliebe für alles Militärische und seine martialischen Reden verstärkten den Eindruck von Deutschland als Militärstaat. Besonders seine berühmte »Hunnen-Rede« bei Ausschiffung deutscher Soldaten zur Niederschlagung des Boxeraufstandes in China hinterließ einen verheerenden Eindruck in den USA. Sie wurde während des Ersten Weltkrieges von der englischen und amerikanischen Kriegspropaganda ausgebeutet, um die Welt mit der Gleichsetzung von Deutschen und »Hunnen« zu beeinflussen.

Ohne diese Transformation ist auch der wichtigste Sachverhalt für die Entwicklung des amerikanischen Urteils über das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg nicht zu erklären: die Tatsache nämlich, dass es in die, wie ich es nennen möchte, manichäische Falle des amerikanischen Sendungsbewusstseins geriet. Diese Behauptung sei mit einigen Sätzen erläutert.

Individuen und Nationen können die Idee der Gleichheit offensichtlich schwer ertragen, wenn sie eine eigene Identität gewinnen wollen. Sie versuchen, sich eine besondere Bedeutung zuzulegen, die sie vor anderen Individuen oder Nationen auszeichnet, sie anders, ja einzig machen soll – unter Berufung auf Vorstellungen von erhabener Allgemeinheit: Gott, die Geschichte, die Vorsehung, der Fortschritt, die Erlösung der Menschheit. Auch die Amerikaner verstehen sich, wie viele Völker vor und neben ihnen, als ein auserwähltes Volk. Die Idee einer besonderen Sendung Amerikas gehört seit der Gründung der Nation zum selbstverständlichen Bestandteil

¹⁰ Nagler, *From Culture to Kultur*, 15; Gatzke, *Germany and the United States*, 45.

der politischen Kultur der USA. Die in erster Linie vom Geist der Aufklärung geprägten Gründungsväter der Union integrierten christlich-puritanische Sendungsvorstellungen der neuenglischen Siedler wie »the chosen people«, »the covenant people«, »God's new Israel«, »God's last American Israel« in die Idee einer säkularen Mission Amerikas. Diese Verschmelzung von Christentum und Aufklärung hat die besondere Zivilreligion Amerikas hervorgebracht, eine unverwechselbare Mischung von christlichem Republikanismus und demokratischem Glauben, eine Nation mit der Seele einer Kirche. Die amerikanische Nation hat keine Ideologien, sie ist eine.

Die Sendungsziele Amerikas haben oszilliert, sich mit den jeweiligen Tendenzen des Zeitgeistes verbunden, z. B. mit dem Rassismus im Zeitalter des Imperialismus, und sich wieder von ihnen gelöst. Sie haben sich gewandelt, von der puritanischen Sendung, die Reformation zu vollenden, bis zur Mission, der Welt Freiheit und Demokratie zu bringen, in den Worten des Präsidenten Woodrow Wilson in seiner Kriegserklärung an Deutschland im Jahre 1917: »to make the world safe for democracy«; von der passiven Idee, Amerika in ein neues Jerusalem zu verwandeln und durch eigenes Beispiel ein Leuchtturm für die Welt zu sein, bis zur aktiven Missionspflicht, »zurückgebliebene«, weniger zivilisierte Völker auf amerikanisches Niveau zu heben, eine neue Weltordnung zu schaffen, die Welt zu erlösen, das Millennium herbeizuführen.

Jedes geschichtsteleologisch begründete Sendungsbewusstsein braucht zu seiner historischen Realisierung die jeweils konkrete Negation, das Anti-Prinzip, das Reich des Bösen, das im Krieg bekämpft werden muss, um Fortschritt zu ermöglichen und die Sendung zu erfüllen. Deshalb kann eine Nation mit der Seele einer Kirche einen tatsächlichen Kriegseintritt nur ideologisch rechtfertigen. Sie kann sich nicht auf materielle Interessen, die Staatsräson oder – *horribile dictu* – das verletzte Gleichgewicht der Kräfte berufen, allenfalls auf verletzte Rechte, weil Legalität und Moralität für ein solches Bewusstsein austauschbar sind. Aus diesem Grunde sitzt, wer immer mit den USA in Krieg und Konflikt gerät, automatisch in der manichäischen Falle. Das ist dem Deutschen Reich im Ersten und Zweiten Weltkrieg passiert.

Erst die Verwandlung des deutschen Kaiserreiches in das Reich des Bösen, so meine These, hat es dem amerikanischen Volk und ganz besonders seinem Präsidenten Woodrow Wilson ermöglicht, die zutiefst ambivalente und auf Dauer nicht durchzuhaltende Europapolitik der USA von 1914 bis 1916 zu beenden, den Kampf um die keineswegs kriegsbereite Seele des amerikanischen Volkes zu gewinnen – Wilson hat den Wahlkampf 1916 tatsächlich wegen seines Verdienstes gewonnen, Amerika aus dem Krieg herausgehalten zu haben –, die »threat perception« des amerikanischen Volkes zu revolutionieren, den Rubikon zu überschreiten und Deutschland den Krieg zu erklären; schließlich nach dem Kriegseintritt eine Propagandamaschinerie in Gang zu setzen, die groteske Bedrohungsszenarien über die Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit der USA durch Deutschland in der westlichen Hemisphäre produzierte. Mit Ausnahme der Hexenjagd gegen die Deutsch-Amerikaner, deren Identität im Ersten Weltkrieg zerstört wurde¹¹, wiederholte sich dieser Vorgang in großen

11 Vgl. Frederick C Luebke, *German-Americans and World War I. Bonds of Loyalty* (De Kalb, Illinois 1974).

Zügen von 1939–1941; mit dem einen Unterschied, wenn Sie mir dieses Werturteil gestatten, dass es sich im zweiten Falle tatsächlich um ein Reich des Bösen handelte.

Die tiefe Ambivalenz Wilsons hatte darin gelegen, dass er Europa weder leiden noch von dem Kontinent lassen konnte; die moralisch bessere Neue Welt von der verrotteten Alten Welt isolieren und zugleich die Menschheit und das System der internationalen Beziehungen von den alten Übeln erlösen wollte.

Einerseits appellierte er am 19. August 1914 an die Amerikaner, nicht nur in ihren Taten, sondern auch in ihren Gedanken neutral zu bleiben, und erklärte, dass die Wirkung des europäischen Krieges auf die USA allein davon abhängt, wie die Amerikaner selbst handelten und dächten, eine Aussage, die er noch am 7. Dezember 1915 wiederholte¹². Während der zutiefst parteiische und anglophile US-Botschafter in London, Walter Hines Page, Wilson bereits im August 1914 erklärte, das preußische Militärsystem müsse wie ein Tumor entfernt werden, behauptete Wilson gegenüber seinem ebenfalls englandfreundlichen Intimus Edward Mandell House im November 1914, dass Deutschland keine Gefahr für Amerika darstelle und die USA selbst im Falle eines Sieges in Europa nicht angreifen könne¹³. Immer wieder versicherte er seinen Landsleuten im Wahljahr 1916, dass Amerika nichts mit den Ursachen und Zielen des europäischen Krieges zu tun habe, ein Urteil über die deutsche Kriegsschuld kam zu diesem Zeitpunkt nicht über seine Lippen. Noch im November 1916 hielt er den deutschen Militarismus und den britischen Navalismus für die beiden großen Übel der Menschheit¹⁴.

Andererseits war die amerikanische Neutralität für Wilson kein Selbstzweck, sondern bis zum Januar 1917 die Voraussetzung dafür, selbst eine welthistorische Mission zu erfüllen, nämlich dem ausgebluteten und erschöpften Europa einen amerikanischen Frieden zu bringen und als Werkzeug Gottes, als »servus servorum Dei«, in die Geschichte einzugehen. Seine berühmte Rede vor dem amerikanischen Senat am 22. Januar 1917, in der er Prinzipien für einen »Frieden ohne Sieg« und eine Revolution der internationalen Politik ankündigte, endete mit zivilreligiösen Sätzen, die die Essenz der Wilson'schen Missionsidee zusammenfassten: Wilson und das amerikanische Volk als Stellvertreter der Menschheit. »These are American principles, American policies. We could stand for no others. And they are also the principles and policies of forward-looking men and women everywhere, of every modern nation, of every enlightened community. They are the principles of mankind and must prevail.«¹⁵

12 Neutralitätserklärung in: Henry Steele Commager (Hrsg.), *Documents of American History*, Vol. II. since 1898 (Englewood Cliffs 1973) 96 f.; im Folgenden zitiert Commager, *Documents*. Vgl. Wilsons »Annual Message on the State of Union« vom 7. Dezember 1915, besonders die folgende Aussage: »We are at peace with all the nations of the world, and there is reason to hope that no question in controversy between this and other Governments will lead to any serious breach of amicable relations, grave as some differences of attitude and policy have been and may yet turn out to be. I am sorry to say that the gravest threats against our national peace and safety have been uttered within our own borders.« Arthur S. Link (Hrsg.), *The Papers of Woodrow Wilson*, Vol. 35 (Princeton 1980) 306.

13 Jan Willem Schulte Nordholt, *Woodrow Wilson. A Life for World Peace* (Berkeley, Los Angeles, Oxford 1991) 142; im Folgenden zitiert Nordholt, *Wilson*.

14 Nordholt, *Wilson*, 201.

15 Commager, *Documents*, 128.

Der tiefe Hass gegen und die Verachtung für das Deutsche Reich wurden für Wilson erst begründet, als die Ankündigung des unbeschränkten U-Boot-Krieges und das Zimmermann-Telegramm nicht nur die Interessen und das Prestige der USA gefährdeten, sondern ihm diese weltgeschichtliche Rolle zu entziehen drohten. Jetzt sah sich der schwer ringende Wilson vor die Alternative gestellt, auf seine Mission zu verzichten oder sie auf eine radikal andere als die gerade verkündete Weise zu verwirklichen, nämlich durch »Krieg und Sieg«. Gegenüber dieser Entscheidungslage waren, soweit es den Präsidenten selbst anging, alle anderen Gründe für den US-Kriegseintritt zweitrangig, den möglichen Verlust des Gleichgewichts in Europa durch einen deutschen Sieg oder die »goldenen Ketten« eingeschlossen, durch die sich die amerikanische Wirtschaft an die Ökonomie der Alliierten gebunden hatte.

Wilson befreite sich aus seinem Dilemma, indem er in der von ihm selbst verfassten Botschaft an den Kongress vom 2. April 1917 den bevorstehenden Krieg gegen Deutschland aus der amerikanischen Sendungsidee legitimierte und auf eine universale Ebene hob: Der deutsche U-Boot-Krieg sei ein Krieg gegen alle Nationen, gegen die Menschheit. Die Gefahr für Frieden und Freiheit der Welt liege in der Existenz autokratischer Regierungen, deren organisierte Gewalt nur durch sie selbst, nicht durch den Willen ihrer Völker kontrolliert werde. Die preußische Autokratie habe überdies durch Spione und kriminelle Intrigen den Frieden in den USA gefährdet, sie sei der natürliche Feind der Freiheit. Die USA selbst hätten keine eigensüchtigen Interessen. Sie kämpften für einen endgültigen Frieden und die Befreiung der Völker, das deutsche Volk eingeschlossen, gegenüber dem man nur Sympathie und Freundschaft empfinde. »The world must be safe for democracy.«

Wilson beendete seine Kriegsbotschaft mit den Worten: »To such a task we can dedicate our lives and our fortunes, everything that we are and everything that we have, with the pride of those who know that the day has come when America is privileged to spend her blood and her might for the principles that gave her birth and happiness and the peace she has treasured.« Er schloss lutherisch: »God helping her, she can do no other.«¹⁶

Die letzte und zwingende Konsequenz der manichäischen Falle war, dass Wilson mit dem Reich des Bösen keinen Waffenstillstand und keinen Frieden schließen konnte; umso mehr, als das »autokratische« Kaiserreich und sein Krebsgeschwür, der preußische Militarismus, in der Kriegspropaganda zum »Outlaw« wurden, die

16 Ebd. 132. Aus der reichen Literatur zu Wilson in der Weltpolitik vgl. Lloyd E. Ambrosius, *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective* (Cambridge 1987); ders., *Wilsonian Statecraft. Theory and Practice of Liberal Internationalism during World War I* (Wilmington, Delaware 1991); John Milton Cooper, *The Warrior and the Priest: Woodrow Wilson and Theodore Roosevelt* (Cambridge 1983); Patrick Devlin, *Too Proud to Fight: Woodrow Wilson's Neutrality* (Oxford 1975); Robert H. Ferrell, *Woodrow Wilson and World War I, 1917–1921* (New York 1985); Lloyd C. Gardner, *Safe for Democracy: The Anglo American Response to Revolution* (New York 1984); N. Gordon Levin, *Woodrow Wilson and World Politics: America's Response to War and Revolution* (New York 1968); Arthur S. Link, *The Higher Realism of Woodrow Wilson and other Essays* (Nashville 1971); ders., *Wilson, Vol. 3, 4, S* (Princeton 1960–1965); ders., *Woodrow Wilson and a Revolutionary World, 1913–1921* (Chapel Hill 1982); Ernest R. May, *Imperial Democracy: The Emergence of America as a Great Power* (New York 1961); ders., *The World War and American Isolation, 1914–1917* (Cambridge 1959); Arno J. Mayer; *Political Origins of the New Diplomacy, 1917–1918* (New Haven 1959); Nordholt, *Wilson*.

Situation durch den Slogan »Hang the Kaiser« einem »shoot out at high noon« immer ähnlicher wurde, die nationalistischen Republikaner eine bedingungslose Kapitulation forderten und Wilsons Demokraten schwere Einbußen bei den Kongresswahlen befürchteten. Deshalb musste Wilson das Waffenstillstandsgesuch der Regierung Max von Baden vom 4. Oktober 1918 mit der Forderung nach dem Ende des Deutschen Reiches in seiner bisher verfassten Form, nach einem Regimewechsel und einer demokratischen Legitimität des Verhandlungspartners verbinden. Es ist bekannt, dass die vom Staatssekretär des Äußeren, Paul von Hintze, von Hindenburg und Ludendorff inszenierte »Revolution von oben«, nämlich der Wechsel von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie, erfolgte, weil die deutsche Reichsleitung diesen Wunsch Wilsons antizipierte; und es ist weiter bekannt, dass ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit aus den bewusst unklar verfassten Noten Wilsons den Schluss zog, dass der amerikanische Präsident tatsächlich auch die Abdankung des Kaisers und einen Übergang zur Republik meinte, sich deshalb der Druck auf Wilhelm von allen Seiten erhöhte, weil man durch ein Kaiseropfer bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erhoffte¹⁷.

Allerdings änderten weder das Ende des Kaiserreiches noch die Umwälzungen in Deutschland noch die Strategie der Deutschen, sich auf die 14 Punkte und das Selbstbestimmungsrecht als Basis des Friedensvertrages zu berufen, etwas an den harten Friedensbedingungen für Deutschland. Im Gegenteil, mehrere Faktoren verstärkten die Tendenz Wilsons zu einem Straffrieden: seine neu erworbene Einsicht, dass Deutschland am Ausbruch des europäischen Krieges schuldig gewesen sei – nach Ansicht Clemenceaus die Ansicht der gesamten zivilisierten Welt –, seine im Laufe der Versailler Konferenz wachsende Überzeugung, dass das neue Deutschland nur das alte in neuer Verkleidung repräsentiere, die Rücksichtnahme auf die Strategien und Interessen der Verbündeten, vor allem die mögliche Gefährdung des Völkerbundes und seiner Rolle als »arbitrator mundi«.

Auf der anderen Seite sollte der Straf- und Rachefriede nicht zu einem Karthago am Rhein führen. Das Selbstbestimmungsrecht und Überlegungen zur zukünftigen Gesamtarchitektur Europas, auch die Furcht vor der bolschewistischen Gefahr, hielten ihn davon ab, die Einheit eines deutschen Nationalstaates in Frage zu stellen, die Bismarck'sche Reichsgründung rückgängig zu machen und Frankreich zu erlauben, die linksrheinischen Gebiete auf Dauer von Deutschland abzutrennen. Während der Versailler Konferenz musste er praktizieren, was er selbst als das Erzübel des europäischen Mächtesystems angeprangert hatte und durch den Völkerbund überwinden wollte: das Prinzip des Gleichgewichtes der Mächte. Genau besehen, könnte man schon Wilsons Europapolitik als Politik einer dreifachen Eindämmung charakterisieren, nämlich als Eindämmung der sowjetischen und deutschen Gefahr in Europa,

17 Zu Wilson und Deutschland 1918/19 vgl. besonders Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden: Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19* (Düsseldorf 1971); ders., *Woodrow Wilson, Revolutionary Germany and Peacemaking, 1918–1919: Missionary Diplomacy and the Realities of Power* (Chapel Hill 1985).

verbunden mit dem Wunsch, Frankreichs Sicherheitsängsten entgegenzukommen, ohne das Land zur Hegemonialmacht in Europa aufsteigen zu lassen¹⁸.

Obwohl die Weimarer Verfassung durch den ersten Satz des ersten Artikels »Das Deutsche Reich ist eine Republik« eine gesamtstaatliche Kontinuität mit dem 1871 gegründeten Nationalstaat postulierte, war für die Amerikaner das »Reich« mit der Konstituierung der Weimarer Republik de facto untergegangen. Die manichäische Falle war leer. Deutschland sollte aus amerikanischer Sicht die Chance erhalten, nach einer Phase der Reue, Buße und Besserung als geachtete Macht in den Kreis der Nationen zurückzukehren und sich als liberal-kapitalistische Demokratie, als Klein-Amerika in Europa zu bewähren.

Unter solchen Voraussetzungen waren Revisionen des Versailler Vertrages, den der Senat ohnehin nicht ratifiziert hatte, aus amerikanischer Sicht durchaus denkbar. Im Gegensatz zu Frankreich war es nie das Ziel der USA, den Status quo von 1919 zu zementieren, friedlicher Wandel (peaceful change) gehörte methodisch zum Kernbestand der amerikanischen Europapolitik. Es lag im aufgeklärten Selbstinteresse der USA, einen solchen Wandel zu unterstützen, der letztlich dem Ziel diente, Deutschland politisch in Europa und ökonomisch in die Weltwirtschaft zu reintegrieren.

Wie jeder Historiker der Weimarer Republik weiß, bewegten sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen besonders von 1923 bis 1929 in diese Richtung. Der Dawes-Plan von 1924, das konkrete Ergebnis der amerikanischen Stabilisierungspolitik in Europa, markierte die entscheidende Zäsur. Die wirtschaftliche Sicherung durch den Dawes-Plan machte den politischen Sicherheitsvertrag von Locarno, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die Räumung des Rheinlandes erst möglich. Diese wirtschaftliche Intervention von Amerikanern war der Anfang vom Ende der politischen Vorherrschaft Frankreichs in Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg. Deutschland wurde mit amerikanischer Hilfe aus der hilflosen Objektrolle des Jahres 1919 befreit. Und durch den massiven Zufluss amerikanischen Kapitals ging, wie ein Zeitgenosse ironisch bemerkte, die »Dollar-Sonne« über Deutschland auf; eine wichtige Grundlage für die Stabilitätsphase der Republik bis zum Ausbruch der größten Weltwirtschaftskrise seit Beginn der industriellen Revolution¹⁹.

18 Zu Wilson in Versailles vgl. neben den in Anmerkung 16 und 17 genannten Arbeiten: Lawrence E. Gelfand, *The Inquiry: American Preparations for Peace, 1917–1919* (New Haven 1963); Lord Maurice Hankey, *The Supreme Control of the Paris Peace Conference, 1919* (London 1963); Michael Hogan, *The United States and the Problem of International Economic Control: American Attitudes toward European Reconstruction, 1918–1920*, in: *Pacific Historical Review* 46 (1975), 84–103; Melvyn P. Leffler, *The Elusive Quest: America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933* (Chapel Hill 1979); Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking: Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919* (London 1968); Keith L. Nelson, *Victors Divided: America and the Allies in Germany 1918–1923* (Berkeley 1975); Carl P. Parrini, *Heir to Empire: United States Economic Diplomacy, 1916–1923* (Pittsburgh 1969); Jan Willem Schulte Nordholt, *Wilson in Versailles*, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis* 80 (1967) 177–199; David F. Trask, *The United States in the Supreme War Council, 1917–1918* (Middletown/Conn. 1961); Arthur C. Walworth, *America's Moment: 1918* (New York 1977).

19 Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Weimarer Republik und dem Deutschlandbild der Amerikaner in dieser Zeit vgl. Peter Berg, *Deutschland und Amerika 1918–1929. Über das deutsche Amerikabild der zwanziger Jahre* (Lübeck, Hamburg 1963); Manfred Berg, *Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929* (Baden-Baden 1990); ders., *Gustav Stresemann. Eine politische Karriere*

Wie nach 1945, als die Amerikaner unter den Deutschen in Konrad Adenauer eine politische Potenz für ihre Politik der Westintegration der Bundesrepublik fanden, so gab es in der mittleren Phase der Weimarer Außenpolitik in Gustav Stresemann einen kongenialen Politiker, der die Ziele der US-Außenpolitik richtig perzipierte: bündnispolitische Abwesenheit, wirtschaftliche Anwesenheit, Revisionismus durch friedlichen Wandel, multilaterale Methode.

Der nationalistischen Rechten in Deutschland, die die Souveränitätsverluste und Kontrollen der deutschen Wirtschaft durch den Dawes-Plan beklagte, erklärte der deutsche Außenminister: Je größer die wirtschaftlichen Interessen der USA in Deutschland, je mehr amerikanische Kredite nach Deutschland fließen, desto größer sei das Interesse der USA an einem friedlichen Wandel, dessen letztes Ziel aus Stresemanns Sicht die Revision des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung einer gleichberechtigten deutschen Großmachtposition in Europa war.

Die USA waren durch den Ersten Weltkrieg zur führenden Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt geworden, sie bauten diese Position in den zwanziger Jahren weiter aus. Sie vergrößerten ihren Vorsprung als führender Produzent, wurden zum größten Exporteur und zum größten Verbraucher von Rohstoffen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter wuchs von 35,8% im Jahre 1913 auf 46% im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929. Gemessen in Dollar, war das Nationaleinkommen der USA ebenso hoch wie das der nächsten 23 Nationen zusammen – Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Kanada eingeschlossen. New York wurde neben London zum zweiten Finanzzentrum der Welt, das Weltwirtschaftssystem wurde bizenitrisch, wenn nicht sogar amerikazentrisch. Auch der kulturelle Einfluss der USA verstärkte sich, die US-Filmindustrie z. B. eroberte den europäischen Markt. Unter dem Stichwort »Amerikanismus« begann in Deutschland und in anderen europäischen Ländern eine intensive Auseinandersetzung mit den zugleich bewunderten und gefürchteten USA.

Das gewaltige Machtgefälle zum geschlagenen Deutschland hatte zur Folge, dass die Weimarer Republik aus dem öffentlichen Bewusstsein der USA weithin verschwand und nur eine kleine, informierte Öffentlichkeit sich mit den Entwicklungen in Deutschland beschäftigte. Bis 1923 gab es in dieser Gruppe erhebliche Zweifel daran, ob die Republik Bestand haben und nicht einer Diktatur weichen würde. Stresemann begegnete man zunächst mit Skepsis, seine Metamorphose zum Vernunftrepublikaner und Verständigungspolitiker musste sich erst bewähren. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 rief blankes Entsetzen hervor. Der Verband amerikanischer Weltkriegsveteranen verlangte von Präsident

zwischen Reich und Republik (Göttingen 1992); Frank C. Costigliola, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933* (Ithaca, London 1984); Peter Bruno Gescher, *Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924* (Bonn 1956); Robert Gottwald, *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann* (Berlin 1965); Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar* (Darmstadt 1985); Melvyn P. Leffler, *The Elusive Quest*, a.a.O.; Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932* (Düsseldorf 1970); William c. McNeill, *American Money and the Weimarer Republik. Economics and Politics in the Era of the Great Depression* (New York 1986); Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes-Plan* (Chapel Hill 1976); Eckhard Wandel, *Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924–1929* (Tübingen 1971).

Coolidge die Verhaftung Hindenburgs und eine Wiederholung der Reichspräsidentenwahl²⁰. Erst die Locarnopolitik, die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Kellogg-Briand-Kriegsächtungspaktes und der Friedensnobelpreis für Stresemann hatten zur Folge, dass die Überlebenschancen der ersten deutschen Demokratie von der politischen Klasse der USA verhalten optimistisch eingeschätzt wurden. Nichts symbolisiert vielleicht die neue Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen und das spannungsgeladene Verhältnis zu Frankreich besser als der 5. Mai 1928 in Heidelberg, ein »dies academicus« und ein »dies politicus« zugleich. Stresemann und dem US-Botschafter Jacob Gould Schurman wurde von meiner Universität die Ehrendoktorwürde verliehen. Stresemann fasste bei diesem Anlass die Ziele und Methoden seiner Außenpolitik zusammen, Schurman sagte sogar, er sei während der letzten drei Jahre in steigendem Maße von der Ähnlichkeit der grundlegenden Ideale der Regierungen und Völker beider Länder durchdrungen worden. »Deutschland und die Vereinigten Staaten marschieren vorwärts in einem großen und edlen Abenteuer für die Sache der menschlichen Kultur.« Diese Äußerung des amerikanischen Botschafters stieß auf scharfe Kritik in Frankreich. Außenminister Kellogg, der die prekäre Balance innerhalb der amerikanischen Europapolitik gefährdet sah, ließ daraufhin erklären, dass die Rede vor der Veröffentlichung dem State Department nicht vorgelegt worden sei²¹.

Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 und die Errichtung einer Diktatur führten zu einem dramatischen Ansehensverfall Deutschlands und des Dritten Reiches in den USA, der seit Mitte der dreißiger Jahre – dank der neuen Umfragetechniken von Gallup und Roper – auch quantitativ genauer zu bestimmen ist. Auf die Frage, welches europäische Land sie am meisten mögen, antworteten im Januar 1937 55 % England, 11 % Frankreich und 8 % Deutschland. Auf die Frage, welche Seite sie in einem Krieg zwischen Deutschland und Russland gewinnen sehen wollten, antworteten im November 1938 83 % Russland und 17 % Deutschland. Auf die Frage, wer für den gegenwärtigen Krieg verantwortlich sei, antworteten in einer Umfrage vom 1. bis 6. September 1939 82 % Deutschland, 3 % England und Frankreich, 3 % der »Versailler Vertrag« und 1 % Polen. Auf die Frage, welche Seite sie im gegenwärtigen Krieg gewinnen sehen wollten, antworteten Anfang März 1940 84 % England und Frankreich, 1 % Deutschland. Auf die Frage, welche Seite sie im gegenwärtigen Krieg zwischen Deutschland und Russland siegen sehen wollten, antworteten in einer Umfrage vom 26. Juni bis 1. Juli 1941 72 % Russland, 4 % Deutschland²².

20 Berg, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten, 231–173; zur Reaktion auf die Wahl Hindenburgs, 248 ff.

21 Detlef Junker, Jacob Gould Schurman, die Universität Heidelberg und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: *Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986. Festschrift in sechs Bänden, Bd. III* (Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo 1986); ders., *Die USA und die Weimarer Republik*, in: *Heidelberger Jahrbücher XXXV* (Berlin, Heidelberg 1991) 27–34.

22 Abgedruckt in: Detlef Junker, *Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933–1945* (Düsseldorf 1988) 70–78. Eine Bibliographie zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen dieser Zeit, ebd. 173–179. Die folgenden Bemerkungen stützen sich auf eigene Forschungen, vgl. Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941* (Stuttgart 1975); ders., *Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in*

In den dreißiger Jahren wuchs in den USA die Furcht, dass das vermeintliche »trajanische Pferd« der NSDAP in den USA, der »Bund der Freunde des neuen Deutschlands« möglicherweise die innere Sicherheit der USA gefährde; zugleich wuchs die Furcht, dass die Außenpolitik des Dritten Reiches eine Bedrohung für den Weltfrieden darstelle. Diese doppelte Furcht führte nun nicht zu einer präventiven Interventionspolitik in Europa, sondern im Gegenteil zu einer Verstärkung der isolationistischen Grundstimmung des amerikanischen Volkes, sich angesichts dieser Gefahrensignale noch entschiedener von Europa zu isolieren. Diese Grundstimmung und die in ihr enthaltenen Sachurteile über die nationalen Interessen der USA sind die wichtigste Determinante der amerikanischen Außenpolitik bis zum Ausbruch des europäischen Krieges im Jahre 1939. Was Hitler 1940 mit dem Drei-Mächte-Pakt, 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion und mit der Bundesgenossenschaft Japans vergeblich versucht hatte, nämlich Amerika aus Europa herauszuhalten und in die westliche Hemisphäre zurückzuschrecken, das tat der amerikanische Kongress durch Verabschiedung der Neutralitätsgesetze zunächst selbst. Die weltpolitische Situation war gegenläufig. Während in Europa und Asien Aggression und Expansion zunahmen, vervollständigte der Kongress durch die Neutralitätsgesetze von 1935–1937 den Index der für die Regierung Roosevelt in Kriegs- und Krisenzeiten verbotenen außenpolitischen Maßnahmen. Auf der Ebene der offiziellen, von Kongress, Gesetzgebung und öffentlicher Meinung unterstützten Außenpolitik war Roosevelt bei Ausbruch des europäischen Krieges ein unbewaffneter Prophet, eine *quantité négligeable*, und als solche wurde er auch von Hitler behandelt.

Roosevelt nun wusste nur zu genau, dass er seine Handlungsfreiheit und seine Einwirkungsmöglichkeiten in der Weltpolitik nur in dem Maße wiedergewinnen würde, wie es ihm gelang, die »threat perception«, die Vorstellungen des amerikanischen Volkes über das Bedrohungspotential des nationalsozialistischen Deutschlands für die Vereinigten Staaten, zu verändern. Er musste dem amerikanischen Volk erklären und demonstrieren, dass es für die USA eine gefährliche Illusion sei, das nationale Interesse auf die westliche Hemisphäre zu beschränken, sich in der »Fortress America«, der Festung Amerika, einzuigeln und die Veränderungen in Eurasien ihren Lauf nehmen zu lassen. »Preparedness« – die industrielle, wirtschaftliche und geistige Vorbereitung auf einen möglichen Krieg war bis 1941 das überragende Ziel seiner Außenpolitik. In diesem Sinne war Außenpolitik in einem erheblichen Maße Innenpolitik. Seinen »Public Papers and Addresses« für das Jahr 1941 hatte er selbst den Titel gegeben: »The Call to Battle Stations«. Roosevelt wusste, wie alle

Krisenzeiten (Göttingen 21989); ders., Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten 1933–1945, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg (München 1989) 57–73; ders., The Impact of Foreign Politics on the U.S. Domestic Scene, 1939 to 1941, in: Maurizio Vaudagna (Hrsg.), The United States in the Late Thirties, Special Issue of *Storia Nordamericana*, vol. 6, nos 1–2 (Torino 1989) 17–34; ders., Hitler's Perception of Franklin D. Roosevelt and the United States of America, in: Cornelis A. van Minnen, John F. Sears (Hrsg.), *FDR and His Contemporaries. Foreign Perceptions of an American President* (New York 1992) 145–156; ders., *The Continuity of Ambivalence: German Views of America, 1933–1945* (erscheint voraussichtlich 1994 in einem Sammelband, Cambridge University Press).

Zeitgenossen des Ersten Weltkrieges, dass nur eine verunsicherte Nation bereit sein würde, sich auf einen Krieg vorzubereiten oder gar zu kämpfen.

In dieser Erziehungskampagne, in diesem öffentlichen Dialog mit der isolationistischen Mehrheit, entwickelte Roosevelt die Dialektik des US-Globalismus im 20. Jahrhundert in seinen beiden Komponenten: die Warnung vor der Weltherrschaft des Feindes, in diesem Fall des Dritten Reiches, und die globale Definition des nationalen Interesses der USA, und zwar global im Hinblick auf den Inhalt und die Reichweite des nationalen Interesses. Man kann sogar behaupten, dass erst die harte innenpolitische Auseinandersetzung um das Bedrohungspotential des Dritten Reiches und der Überfall auf Pearl Harbor die Mehrheit der Amerikaner dahin gebracht haben, ihr Land als globale Macht mit Interessen in allen Kontinenten und auf allen Meeren zu begreifen – zumindest bis zum Ende des Kalten Krieges.

Arthur M. Schlesinger Jr. hat jüngst, ich meine zu Recht, an die Tradition erinnert, die Roosevelts Internationalismus und Globalismus geprägt hat²³. Mit Thomas Jefferson, mit Theodore Roosevelt und mit dem Seestrategen Alfred Thayer Mahan teilte er die Auffassung, dass ein Gleichgewicht der Kräfte auf dem europäischen Kontinent von vitalem Interesse für die USA sei. Mit Woodrow Wilson glaubte er an das Ideal einer Welt, in der die freie Selbstbestimmung der Nationen und das Prinzip kollektiver Sicherheit den Frieden garantieren sollten. Mit seinem Außenminister Cordell Hull teilte er die Überzeugung, dass allein eine freie Weltwirtschaft die Güter und Dienstleistungen erzeuge, die notwendig seien, um den Weltfrieden langfristig zu erhalten. Hitler bedrohte offensichtlich alles zugleich: das Gleichgewicht der Kräfte in Europa, den Weltfrieden und die freie Weltwirtschaft. Deshalb hat Roosevelt seine Warnungen, seinen Globalismus als dreifache Vorwegnahme der Zukunft artikuliert. Das ist die Hauptthese meiner Habilitationsschrift, die ich abschließend in wenigen Worten zusammenfasse²⁴.

Mit jedem militärischen Erfolg rückte eine mögliche ökonomische Zukunft näher, deren Verwirklichung in den Augen Roosevelts und der Internationalisten die Katastrophe für die amerikanische Wirtschaft schlechthin bedeutet hätte. Ihre Grundstruktur sei mit wenigen Sätzen nachgezeichnet: Ein Sieg Hitlers und Italiens in Europa, Japans im Fernen Osten würde beide Regionen in ein System fast autarker Planwirtschaft zwingen. Die USA würden ihre Investitionen verlieren, das Handelsvolumen würde drastisch fallen und Außenhandel, wenn überhaupt, zu den Bedingungen der Achsenmächte stattfinden. Südamerika, der natürliche Lieferant Europas, würde zusehends unter den Einfluss von Hitlers Europa geraten. Durch das Schrumpfen der Import- und Exportindustrie der USA und der damit verbundenen sekundären Effekte auf die gesamte Volkswirtschaft würde das vom New Deal unge löste Arbeitslosenproblem sich radikal zuspitzen und soziale Spannungen erzeugen, die im Rahmen des bestehenden Systems nicht gelöst werden könnten. Mit anderen Worten: Für die Internationalisten war der offene, unteilbare Weltmarkt eine der Grundbedingungen für das Überleben des amerikanischen Systems.

²³ Arthur M. Schlesinger Jr., Franklin D. Roosevelt's Internationalism, in: Cornelis A. van Minnen, John F. Sears (Hrsg.), *FDR and His Contemporaries*, 1–16.

²⁴ Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*.

Nun zum militärischen Aspekt: Zu Beginn der Präsidentschaft Roosevelts umfasste die amerikanische Sicherheitszone die westliche Hemisphäre und den halben Pazifik, insgesamt ein Drittel des Erdballs. Seit München und der fast zeitgleichen Verkündigung einer »Neuen Ordnung« in Ostasien durch Japan schob Roosevelt die Grenzen der Sicherheit der USA immer weiter hinaus, bis sie spätestens 1941 mit dem Pacht- und Leihprogramm globale Dimensionen im wörtlichen Sinne angenommen hatten. Einer der Eckpfeiler in dieser Neuorientierung war eben eine neue Bestimmung der Grenzen der Sicherheit der USA: Eine Beschränkung auf die Verteidigung der westlichen Hemisphäre sei selbstmörderisch; ohne die Kontrolle der Weltmeere glichen diese »highways« – so ein oft gebrauchter Vergleich Roosevelts –, die die Achsenmächte jederzeit zum Angriff auf die USA nutzen könnten. Eine Kontrolle der Meere könne aber nicht von der US-Flotte allein geleistet werden; sie sei nur möglich, wenn Europa und Asien nicht von den Achsenmächten beherrscht würden und ihnen die Schiffbaukapazitäten zweier Kontinente zur Verfügung stünden. Frankreich, England und China, seit der Mitte 1941 auch die Sowjetunion, müssten unterstützt werden, weil sie stellvertretend die USA mitverteidigten. Auch im militärischen Sinne hätten die USA ein vitales Interesse an der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa und Asien.

Die dritte globale Komponente in der Bestimmung des nationalen Interesses der USA vor Eintritt in den Zweiten Weltkrieg war die ideelle. In fast ermüdender Wiederholung hat Roosevelt immer wieder erklärt: Das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung und die Pflicht der Staaten, sich in der internationalen Politik den Grundsätzen des Völkerrechts zu unterstellen, seien unteilbar. Diese Prinzipien müssten für alle Staaten überall auf der Welt uneingeschränkt gelten. Gewalt und Aggression als Mittel zur Veränderung des Status quo seien illegitim. Die Regierung Roosevelt hatte sich die Stimson-Doktrin aus dem Jahre 1932 uneingeschränkt zu eigen gemacht, nach der die USA gewaltsame territoriale Veränderungen nicht anerkennen würden.

Im Selbstverständnis Roosevelts war die heraufziehende Auseinandersetzung mit den Achsenmächten nie nur ein Konflikt zwischen den »Habenden« und den »Habensnichten«. Er deutete ihn als einen epochalen Kampf um die zukünftige Gestalt der Welt zwischen Aggressoren und friedlichen Nationen, zwischen liberaler Demokratie und Faschismus, zwischen westlicher, christlich-humanistischer Zivilisation und Barbarei, zwischen Bürgern und Verbrechern, zwischen Gut und Böse. Wie Wilson entfaltete Roosevelt ein manichäisches Weltbild, das Dritte Reich saß, wie einst das Kaiserreich, in der manichäischen Falle.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich in Roosevelts Denken der ideelle und wirtschaftliche Globalismus der Freiheit (Wilson's liberal globalism) mit einem neuen, durch die Entwicklung der Waffentechnik und die angenommenen Weltherrschaftspläne Hitlers bedingten militärischen Globalismus verband. Deshalb müssten die USA selbst in den Krieg eintreten, um sowohl die »Neuen Ordnungen« in Europa und Asien zu zerstören, als auch die eigene Position als zukünftige Weltmacht zu sichern, den »novus ordo seclorum«, wie auf jedem Dollarschein zu lesen ist.

